

# Saale-Beitrag

(Der Bote für das Saalthal)

(Siebenter Jahrgang.)

Inserate

werden für die Spaltweite oder deren Raum mit 1/2 Sgr. berechnet und in der Expedition sowie von unsern Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.

Expeditionen: Merzburger 13. Nr. 11. 1873.

Abonnement

für Halle vierteljährlich 20 Sgr., für auswärts ebenfalls 20 Sgr. excl. Postgebühren. Monats-Abonnement 6 Sgr. Bestellungen werden von allen Reichs-Postanstalten angenommen.

Für die Redaction verantwortlich: Otto Genbel in Halle.

Nr. 138.

Halle a. d. Saale, Sonntag den 15. Juni

1873.

## Ein Wort über die Papstwahl.

Vor einem Jahre erchien aus offizieller Feder unter dem Titel: „Ein Wort über die Papstwahl“, eine Broschüre, deren Inhalt im Wesentlichen darauf hinauslief, nachzuweisen, daß bei einer bevorstehenden Papstwahl das sogenannte Exkursat, d. h. das seit dem Mittelalter von einzelnen katholischen Fürsten wiederholt ausgesprochene, mißliebige Kanonikats im Voraus von der Wahl auszuschließen, auch dem deutschen Kaiser zuzuschreiben sei. Schon damals wurden vielfach Bedenken gegen eine solche Beeinflussung der Papstwahl laut und zwar nicht bloß vom Standpunkt des historischen Rechts, sondern auch von dem der politischen Klugheit. Wäre es im Interesse des deutschen Reiches, wenn die Papstwahl durch einen gemeinlichlichen mit andern Staaten geübt würde, der welcher Staat könnte voranschicklich dem deutschen Kaiser diese Pflanz geühen? Italien und Oesterreich scheinen diese große Lust zu einer Einmischung in diese Frage überhaupt zu haben, an Frankreich war schon unter Thiers kaum, ist unter Mac Mahon gar nicht zu denken, und Spanien und Portugal können doch kaum in Betracht kommen. Jetzt ist glücklicherweise ein neues und besseres Wort über die Papstwahl aus dem Munde des Reichskanzlers Fürsten Bismarck selbst gesprochen worden. Er erklärte uns die herausfordernden Anmerkungen des Herrlichen Abgeordneten Reichensperger in der Debatte über die Beibehaltung des Befähigungsspektrums beim römischen Stuhl gerade heraus: „Wir werden uns jeder Einwirkung auf die Papstwahl enthalten und sie gar nicht berühren.“ Freilich fügte er mit großem Nachdruck hinzu, das deutsche Reich behalte sich das Recht vor, demnach die Gültigkeit der Wahl des Papstes an der Hand der bestehenden Vorschriften zu prüfen und sich das Urtheil über die Legitimität des Erwählten vorbehalten, der in Deutschland oberkirchliche Funktionen auszuüben beabsichtigt. Ueber diesen Vorbehalt kann man sehr verschieden denken. Er ist jedenfalls breiter, als jenes in Anspruch genommene Exkursat, und gegen seine formelle wie materielle Berechtigung hat nicht einmal Reichensperger etwas einzuwenden gehabt. Er nötigt auch zu seiner Durchführung nicht den Boden des kirchlichen Machtbereichs zu verlassen. Aber ist er überhaupt durchführbar? Was ist eine legitime Papstwahl, und was soll über die Legitimität entschieden werden? Die kanonischen Vorschriften über die Papstwahl sind sehr behäufert, die einzelnen früheren Papstwahlen sind so abweichend von einander verlaufen, daß das Recht des Vorgesetzten, über die Wahl des Nachfolgers zu bestimmen, ist so oft geübt und so oft auch anerkannt worden, daß zu fürchten steht, selbst wenn man die gelehrtesten Kanonisten über die Gültigkeit einer Papstwahl entscheiden lassen wollte, es werde nie das Urtheil auf Ungültigkeit lauten. Aber wenn auch ein solches erfolgen sollte, was will man gegen eine illegitime Papstwahl thun? Soll etwa der deutsche Kaiser, wie zu den Zeiten der sächsischen und fränkischen Kaiser, einen Gegenpapst wählen? Wir leben ja doch im 19. Jahrhundert. All praktisch dürfte jener Vorbehalt kaum je eine Bedeutung erlangen. Besser ist es, wir schügen uns gegen den Papst, den legitimen wie den illegitimen, gegen den, der wie Clemens VIII. die Fürsten Europas mit dem Bann belegte, wenn sie den Jesuiten zu nahe traten, wie gegen den, der wie Clemens XIV. den Jesuitenorden aufhob, durch den Bann gütter, vernünftiger Gesetze, Bann und um Papstwahl aber um Legitimität des Papstes kümmern, wenn der Staat nur gegen seine Uebergriffe geschützt ist. So daß doch nicht Fürst Bismarck auch gedacht, als er sich für die Beibehaltung des Befähigungsspektrums am römischen Stuhle aussprach, den die Liberalen im Reichstage, wiewohl auch nur

zum Zeichen der Billigung der vom Reichskanzler bisher gegen Rom verfolgten Politik, gestanden hätten wollten. Es soll eben theoretisch nichts geändert werden in den Beziehungen zu römischer Curie. Theoretisch ist darum auch der diplomatische Verkehr mit dem heiligen Stuhle offen gehalten. Thatsächlich besteht er längst nicht mehr. Seit der Zurückweisung des Cardinals Hohenzollern als Vertreter des deutschen Reiches haben wir noch einen Legationssekretär in Rom, und dieser fungirt bekanntlich zur Zeit in Washington! Deutschland ist sogar durch die, wie Reichensperger meint, nur allzuhäufige bishöfliche Ausrudeweise seiner Heiligkeit zu einem ziemlich undiplomatischen Verkehr mit Rom genöthigt worden, der darin besteht, daß man die offiziellen und offiziellen römischen Erclasse den preussischen Gerichten überweist, um sie an der Hand des Strafgesetzbuches auf die Befreiung von Missethatsdelikten und Forderbarkeit zu prüfen. Alles nichts von Einmischung in die Papstwahl, aber auch nichts von unpartheilichem Vorbehalt! Sorgen wir mit allem Ernst und aller Strenge dafür, daß, wenn auch Rom in Rom ist, in Deutschland das Gesetz über alle Dinge und auch von Bischöfen und Erzbischöfen heilig gehalten werde!

## Telegraphische Nachrichten.

**Bern, 13. Juni.** Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnisse der Volksabstimmung im Canton Thurgau vom 11. d. M. ist das Stimmgesetz zur Annahme gelangt, das Gesetz über die Befreiung der Lehrer und das Seminarergesetz dagegen abgelehnt worden.

**London, 13. Juni.** Die Kaiserin Eugenie wird wahrscheinlich heute über die Nordsee nach dem Continent abreisen. — Zwischen den hiesigen Bauunternehmern und ihren Arbeitern sind Differenzen ausgebrochen. Die letzteren verlangen eine Lohn-erhöhung, worauf erstere erklären, für den Fall eines Streikes ihre Werkstätten ganz schließen zu wollen.

**Madrid, 12. Juni.** Castelar wird auch fernernhin an den Sitzungen der Cortes teilnehmen. Für morgen ist die Wahl des Präsidenten anberaumt, die voraussichtlich auf Nicolaus Salmeron fallen wird. Die von Pinaro gemeldet wird, haben dort Unruhen unter den Soldaten stattgefunden, wobei ein Oberlieutenant getödtet ist. Auch in der Armee von Catalonien scheint die Disziplin sehr gelockert zu sein; in die Art ein Bataillon seine Offiziere verjagt und den Bewegungen der Carlisten werden keine Hindernisse in den Weg gelegt.

## Deutsches Reich.

**Deutscher Reichstag.** 51. Sitzung vom 13. Juni.

In der heutigen Sitzung wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Regelung des Reichshaushalts von 1873 der Budgetcommission übergeben. In der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Reichshaushaltsartikeln 5 und 6 im Regierungsentwurf, wurde folgende Resolution angenommen: „Die Reichsversammlung über die tendenzlose Erhöhung, worauf erstere erklären, für den Fall eines Streikes ihre Werkstätten ganz schließen zu wollen.“

**Madrid, 12. Juni.** Castelar wird auch fernernhin an den Sitzungen der Cortes teilnehmen. Für morgen ist die Wahl des Präsidenten anberaumt, die voraussichtlich auf Nicolaus Salmeron fallen wird. Die von Pinaro gemeldet wird, haben dort Unruhen unter den Soldaten stattgefunden, wobei ein Oberlieutenant getödtet ist. Auch in der Armee von Catalonien scheint die Disziplin sehr gelockert zu sein; in die Art ein Bataillon seine Offiziere verjagt und den Bewegungen der Carlisten werden keine Hindernisse in den Weg gelegt.

## Vom Altar in den Krieg.

Katholische Familiengeschichte aus den Jahren 1870—1871.

Von  
[35] M. Ant. Mendorf.  
(Fortsetzung.)

Wenn so die Menge sich in solcher Masse beisammen sieht, so stellt das Dramatische nicht und jeder ist ein Held mit dem Wunde. Die Stärke des gegenüberstehenden Feindes ist ein Begriff, für den keine Anschauung fehlt. „Do seht!“ hieß es, „wie diese Preußen vor unsren Feinden zurückweichen!“ Die Umhüllung von Paris soll ihnen schon vergehen! . . .

Da läuft ein Gerücht durch, von Bataillon zu Bataillon, die übrigen höchst zwanglos und sorglos sich an der Erde aufgelöst haben. Die Marineinfanterie sind schon bis vor Versailles, die Preussischen werden nach links hin in die Seine gejagt. Die eblen Nationalgardien springen auf, legen das Gewehr ab und können vor Kommissarität kaum die Dreizehn noch abgeben erwarten.

Unbesinnlich muß bemerkt werden, daß diese alle Befehle wohl mehr als eine Meile weit hinter dem Schlachtfelde lagerte. Blüchli steigt bei und da von den fernem Höhen seiner Bataillone und Clamart ein leichtes weißes Rauchschloß auf, auch der Donner schallt stärker als sonst, aber Augen sind gespannt dahin gerichtet, — seitwärts stürzt eine breite Colonne von einer neuen Höhe den Abhang in wilder Flucht hinunter. An der dunklen Blouise erkennt man, daß es Wobbele sind. Da kappern aus Aufwall zwei Plebschöpfe gegeneinander, welche über'm Feuer schießt gestellt waren: Und in der Meinung, es sei eine Bombe, stürzt das ganze tapfere Bataillon auseinander, rückwärts fort in wilder Flucht! . . .

Da hilft kein Schreien, kein Reden der Anführer. Ein Dersch, der eine Schaar mit geschwungenem Säbel zum Stehen bringen will, bekommt die stolze Antwort: „Was? Wir sind die Kinder von Paris, die Stadt brint braucht uns, wir müssen sie brinnen beschießen!“

Und dahin läuft Alles ohne Ordnung und Zucht! Der Führer sah dies Alles mit an, sein praktischer Verstand erkannte sofort, daß mit dieser Disziplin und diesen Kräfte

einanderberührung darlegte, daß nicht sowohl der Bundesrat, als vielmehr die für den Augenblick unabänderliche Lage der Dinge die Schuld daran triffe. Nach längerer Debatte, in welcher Bismarck (Napoleon) unter dem Widerspruch des Hauses für eine anderweitige Budgetperiode plaidirte, wurde die Resolution fast einstimmig angenommen. Es folgt der Antrag Castels bezüglich der Beilegung des Termins für die Einberufung des Landtages. Castels empfiehlt die Monate October, November und December. Selbst für den Antrag Bismarck: In erster Reihe hat Se. Majestät der Kaiser das Recht, den Reichstag einzuberufen, wenn er will; es werden aber der Kaiser, die Bundesregierungen gen. heit sein. Der Reichstag wird am 1. d. M. zu dem Reichstage kommen. Die Debatte über den Reichstag wird meines Erachtens besser arbeiten können, wenn er die Befähigungsbefreiung von einer geringeren Zahl von Mitgliedern abhängig mache. Das englische Oberhaus hat Befreiung, wenn 40 Mitglieder anwesend sind. Soviel nicht Befreiung hiergegen auf's Lebhafteste. Der Reichstag würde, wenn er dem Reichskanzler nach dieser Seite hin folgte, seinen politischen Charakter verlieren. (Großer Lärm rechts.) Deme folgt nun dann bessere Zeiten kommen, wenn wir veranwortliche Reichsminister haben werden. Der Antrag Castels wird mit sehr großer Majorität angenommen. Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag Eblens nicht Gesetzentwurf wegen Erhöhung eines Reichs ein b a r n a m s. Zu den Befreiungen des Hauses in der 2. Beratung haben die Abg. Castels und Gen. einen Gesetzentwurf eingebracht. Abg. Dambeger bringt die mangelhafte Gegenüberwindung mit Stellen zur Sprache und schiebt die Schuld hieron auf die Retroactivität des Gesetzes. Fürst Bismarck bittet den Redner, ihm das auf diese Gegenstände gegen die mit den Grundgesetzen übereinstimmenden Rechts und mit den berechtigten Ansprüchen der Presse in Widerspruch stehende Vorlage Protest erhebt und diesen mit der Einführung der bekannten Anordnungen, welche die Stellung der Presse wesentlich verschlimmern, begründet. Zum Schluß der Erklärung heißt es: „Die deutsche Presse, die sich trotz täglich wachsenden Einflusses wohl bekennt ist, will nicht Straflosigkeit für das veröffentlichte freie Wort, wenn es wirklich ein strafbares ist. Sie will der freien Verantwortung vor den allgemeinen Strafgesetzen des Reiches sich nicht entziehen. Aber protestieren muß sie gegen Ausnahmestimmungen, deren maßlose Willkür und Dehnbarkeit auch die erstbeste wissenschaftliche Erweiterung allgemeiner Wahrheiten, auch die patriotisch wohlgemeinte Behandlung öffentlicher Zustände Tag für Tag, wo nicht der Verurtheilung, doch der Verfolgung durch die Organe eines unerschöpflichen administrativen Ermessens aussetzen würden. Man bietet in dem Entwurf die Aufhebung der Stempelsteuer und der Cautions. So wünschenswert diese materiellen Erleichterungen sind — die Presse weiß es von sich, die Befreiung von Unkosten als ungesetzlich erkannten Kosten durch eine ihrer unwillkürliche rechtliche Stellung zu verkaufen. Ihre ideale Aufgabe einer freimüthigen und wehrhaften der öffentlichen Zustände steht ihr höher, als materielle Vortheile. Weisheit, auch von

Zu spät, um gestern noch mitgetheilt zu werden, empfangen wir die Collectiv-Erklärung der Vertreter der Berliner Presse gegen den von der Regierung zum Bundesrathe vorgelegten Pressengesetzentwurf, welche in maßvoller und würdevoller Sprache gegen die mit den Grundgesetzen übereinstimmenden Rechts und mit den berechtigten Ansprüchen der Presse in Widerspruch stehende Vorlage Protest erhebt und diesen mit der Einführung der bekannten Anordnungen, welche die Stellung der Presse wesentlich verschlimmern, begründet. Zum Schluß der Erklärung heißt es: „Die deutsche Presse, die sich trotz täglich wachsenden Einflusses wohl bekennt ist, will nicht Straflosigkeit für das veröffentlichte freie Wort, wenn es wirklich ein strafbares ist. Sie will der freien Verantwortung vor den allgemeinen Strafgesetzen des Reiches sich nicht entziehen. Aber protestieren muß sie gegen Ausnahmestimmungen, deren maßlose Willkür und Dehnbarkeit auch die erstbeste wissenschaftliche Erweiterung allgemeiner Wahrheiten, auch die patriotisch wohlgemeinte Behandlung öffentlicher Zustände Tag für Tag, wo nicht der Verurtheilung, doch der Verfolgung durch die Organe eines unerschöpflichen administrativen Ermessens aussetzen würden. Man bietet in dem Entwurf die Aufhebung der Stempelsteuer und der Cautions. So wünschenswert diese materiellen Erleichterungen sind — die Presse weiß es von sich, die Befreiung von Unkosten als ungesetzlich erkannten Kosten durch eine ihrer unwillkürliche rechtliche Stellung zu verkaufen. Ihre ideale Aufgabe einer freimüthigen und wehrhaften der öffentlichen Zustände steht ihr höher, als materielle Vortheile. Weisheit, auch von

Freiheit in die Hand nehmen. Die Provinzen mit unserm Gambetta an der Spitze trüben sich uns zu geben. Denn . . . (er hielt an) wollt Ihr es leben, daß dieser Feind uns schändlich verathen soll? (Rein, nein!) Wollt Ihr es leben, daß er mit diesem preussischen Aristokraten Bismarck verhandelt? . . .

„Nimmermehr!“ rief die Menge, das ist Verrath! großer Verrath!“

„Nicht, Bürger!“ fuhr Jener fort, „von Anfang an sind wir von einem gräßlichen Neg des Verraths umgarnet und nur das Volk von Paris kann die Wägen dieses Neges emble zerreißen.“

„Bravo!“ brüllte die Menge.

„Nachmals sage ich, wir sind niemals geschlagen, wir sind verrathen worden!“

„Sehr wahr. Wir werden noch verrathen!“ rief ein Anderer als Echo in die Pause, die der Redner machte.

„Heuring hatte dem Allen zugehört; der Erfolg, den der Redner errang und der ihm momentan bemies, daß das Volk doch wohl nicht besser eintritt verschleißbar sein möchte, vermochte ihn, daß er selbst mit darinn redete und bei seiner starken durchdringenden Stimme bald die Aufmerksamkeit erregte. Diesen Moment benutzte, rief er sich:

„Paris, ich komme von draußen, ich habe die Straßburg die Arme der Preußen gesehen, — ich bin Franzose und meine Desse stellt die eines Frankreich über Alles . . .

„Paris über Alles!“ rief Jemand darinnen.

„Jahoh, Paris gehört zu Frankreich, ist das Herz desselben. Nun aber hört mich: Ihr seid in einer verhängnisvollen Einseitigkeit befangen. Nach allen den Niederlagen, die wir erlitten, ist es Wahnsinn, noch gegen diese Preußen weiter zu kämpfen, denn das ist jetzt eben's Hinlich, als wenn man Eisen mit einem Schwamm hämmern wollte . . .

„Ein lebhaftes Murren entfiel.“

„Ihr müßt über meine Rede, aber Ihr müßt endlich die Wahrheit hören, wenn sie auch bitter ist: Wir können nichts Besseres mehr thun, als — so feil es mir selber auch thut — Frieden um jeden Preis machen! Hört Ihr? Frieden um jeden Preis so bald als möglich . . .

Die Menge wurde unruhig, alles plauderte gegen einan-

den Regierungen, ist die patriotische Haltung anerkannt, welche die deutsche Presse in jeder einzelnen Zeit, zuletzt noch während des französischen Krieges gezeigt hat. Die feindlichen Anschläge des Reiches sind nicht weniger die deutsche Presse es verdient, von einem Gegenstande bedroht zu werden, dessen Durchführung jedem selbstständigen Manne die Leitung eines politischen Blattes unmöglich machen und die Presse in ihrem freien kritischen Beruf vernichten würde. Unterzeichnet ist die Erklärung von den Redactoren sämtlicher Berliner Zeitungen mit Ausnahme der governmentalen und conservativen Blätter. Die übrigen deutschen Zeitungen sind ersucht worden, Beitrittserklärungen an den Redacteur der Volk-Zeitung gelangen zu lassen. (Wir haben uns der Erklärung angeschlossen und hiervon Nachricht gegeben. D. Red.)

**Δ Berlin, 13. Juni.** Ueber die Entstehung des vielumwundenen Preußenvertrages weiß man, daß er im Schilde des preussischen Staatsministers vereinbart und als preussischer Antrag eingebracht worden ist. Uebrigens aber ist ein Preußens-Entwurf früher schon im Reichstage angedacht worden. Nur ist es ungewiß, ob beide Entwürfe gleichzeitig fertig gestellt wurden, oder ob das preussische Ministerium, was wahrrscheinlicher ist, den Entwurf des Reichstages erst nach seiner Grundlege und Umarbeitete. Als dieser Entwarf man, daß der einseitige Ministerial-Entwurf verschiedene Abänderungen von dem Reichstages-Entwurf enthält. Die Notwendigkeit, für den Entwurf die unbedingte Zustimmung der preussischen Regierung zu haben, scheint der Grund gewesen zu sein, warum nicht der Präsidial-Antrag, sondern der preussische Antrag eingebracht wurde. Uebrigens sollen beide Entwürfe sehr wenig von einander verschieden sein; die Erleichterungen des Reichstages-Entwurfs betreffen lediglich die Strafbestimmungen, welche etwas weniger dramatisch gewesen sein sollen, und die Forderung der Anklage-Erhebung, welche früher war. Die politische Beschaffenheit war auch in dem Reichstages-Entwurf aufrecht erhalten. Somit gleichen sich also beide Entwürfe so ziemlich. — Die ruhige und sachgemäße Erklärung des Reichstages über die Stellung Deutschlands zu einer eventuellen Papstwahl scheint den Balthus in einem wahren Paroxysmus von Zorn versetzt zu haben. Das officielle Organ der Curie, der „Nervatore Romano“, enthält einen Wuthartikel, den mittheilend die Presse ist, um dem deutschen Volke die Sprache zu kennzeichnen, mit welcher die römischen Ultramontanen die selbst von der liberalen Partei des Reichstages als entgegenkommend anerkannte Darstellung des Reichstages beantwortet hat. Die betreffende Stelle lautet:

„No Bismarck aus dem Orogen des Grottes herabstritt und sich überaus lächerlich macht, das ist nicht der Fall, wo er von der Ernennung des Papstes spricht und mit einer Anmoderation grotesken Schmutzes sich anmaßt, die Prüfung der Legitimität der Wahl und des Standes des gewählten Papstes reservieren zu wollen. Dies ist ein anderer Beleg für die logische Berechnung der Arbeit, die wir aus dem Kopfe eines Volkshäusers können so wunderbar und Hegel'sche Gedanken entspringen, welche die Logik der Ignoranz und Wapötanz, Hinderbranntheit des Seculars und Beweglichkeit des rohen Mannes beweisen. Wir, obgleich geringe, halten es unter unserer Würde, gegen solche bekümmerte Reaktionen, welche Rechte und Bedürfnisse zu protestieren. Wir haben nur Verachtung für denjenigen, welcher, seine feine Gewalt nicht zu brauchen, sich so weit zu erheben mag, die höchste Materie der Erde zu bedrohen. Vor dieser still formidablen Colosse als das Deutsche Reich gefallen, und darum erwecken die provocierenden Aufschreie des Bismarck's unter verhänglichen Lauten nur ein bedauerndes Gelächter.“

Der größte Zeit in der Berlin und in der Provinz nur diastrisch angeordnet und deshalb von der jüngst zur Auszahlung gelangten Servizzulage ausgeschlossenen preussischen Unterbeamten hat sich in letzter Zeit mit Petitionen an den Kaiser gemandt, um ebenfalls jenseitigen Dienstes thätig zu werden.

— In einer Verfügung hat der Cultusminister die Bestimmung getroffen, daß Präparanden, welche förmlich geprüft und mit besten Resultaten, daß sie die Seminarabschlussprüfung mit befriedigendem Erfolge bestehen werden, zu derselben von den Provinzial-Schulcollegien zugelassen werden dürfen, wenn ihnen bis zum Prüfungstermine an dem vorchriftsmäßigen Alter von 17 Jahren nicht mehr als drei Monate fehlen. Besten mehr als drei Monate, so bedarf es für die Zulassung zur Aufnahmeprüfung der Genehmigung des Ministers. Aspiranten, die das vorchriftsmäßige Alter erst sechs Monate nach dem Prüfungstermine erreichen, sowie solche, bei denen die eine oder die andere der beiden oben erwähnten Voraussetzungen nicht zutrifft, sind ohne Weiteres von der Theilnahme an der Prüfung auszuschließen.

— Ein Erlaß des Handelsministers regt die Frage an, ob es angemessen sein dürfte, eine Preisermäßigung des Fahrgebühres für Schüler, die täglich denselben kleineren Weg von einer Station zu einer anderen, in deren Bereich hier die Wohnung, dort die Schule gelegen ist, eintreten zu lassen.

— Die Ernennung des Bischofs von Paderborn auf die Anfrage des Oberpräsidenten von Westfalen wegen des Paderborner Priesterseminars, schreibt die „N. A. Z.“, ist in der Presse als ein erster Fall christlichen Conflicts und als ein Anlaß zu weiterem Einfließen der Staatsregierung bezeichnet worden. Es beugt das auf irtümlichen Voraussetzungen. Allerdings wird es einer der ersten Fälle sein, in welchen sich die Folgen des Gesetzes den Bischöfen gegenüber geltend machen werden, aber von einem Conflict kann dabei nicht die Rede sein. Es steht damit so: Das Gesetz über die Ausübung von Theologen bestimmt in § 6, daß das Studium in bestehenden kirchlichen Seminaren als dem Universitätsstudium gleichgestellt gelten kann, wenn der Kultus-

der; Deuring hörte fast seine eigene Stimme nicht mehr, democh fuhr er fort:

„Erlaubt sich wieder der Zustand unserer Armee befestigen kann.“

Er konnte nicht weiter sprechen, denn er fühlte sich von hinten ergreifen.

Halte ihn, den Verräther, diesen Preußen, diesen Spion! Schon seine Sprache verräth ihn! Also schwärzten die Rufe um ihn und allerdings sprach auch er das Französische immer noch hart, denn er war ja mit einer deutschen Zunge geboren.

„Voll! So sendet man Euch schändliche Spione in die Hauptstadt!“ schrie der erste Reiter.

„Haltet ihn fest, diesen Schlingel Bismarck! An die Laternen mit ihm!“

Und flugs sah der Graf seine die Menge in ein beängstigendes Thier verwandelt. Ihr Urtheil über den Spion war fix und fertig und kein noch so graumauer Martinet war nun in dem Kopf dieser Vordrucker schwer genug gegen solches Bedenken.

Geschrien, gerissen, fortgeschleppt, schrie der ihn begleitende Haufe immer stärker. „An die Laternen mit dem Verräther.“ (Fortf. folgt.)

minister die betreffenden Anstalten als solche anerkannt. Diese Anerkennung darf nicht beargwöhnt werden, wenn die Einreichung der Anstalten des Bestimmung des Gesetzes entspricht und der Minister den Vorschlag genehmigt. Zum Zweck der Ausführung dieser Bestimmung sind die Oberpräsidenten angewiesen worden, mit den Bischöfen ins Benehmen zu treten und sie zu eruchen, diejenigen Seminare zu bezeichnen, für welche sie die Anerkennung wünschen, und ferner die Statuten, den Lehrplan, eine Nachweisung der Lehrer und ihrer Qualifikationen u. s. w. einzureichen. Wenn nun der Bischof von Paderborn, und vermuthlich ebenso andere Bischöfe, diesem Ersuchen nicht entsprechen, — so ist für diesen Fall im Gesetze nicht etwa irgend eine Excommunications- oder Strafbestimmung festgesetzt, sondern die Folge ist einfach, daß der Kultusminister sich in der Unmöglichkeit befindet, das Seminar als ein solches anzuerkennen, auf welchem die künftigen Priester ihre wissenschaftliche Bildung erhalten können. Nach § 13 kann aber der Minister bei der Anzahl bestimmten Staatsmitteln einbehalten oder auch die Anstalt schließen. Erst wenn die Bischöfe sich diesen Anordnungen hinsichtlich ihrer eigenen Stellen, würde ein Conflict entstehen. — Es bedarf nicht der Versicherung, daß die Regierung ihrerseits die Konsequenzen des Gesetzes nach allen Richtungen ziehen wird.

— In Betreff des Gegenwurfs über das Staatspapiergeld verlannt, daß die Ausgabe des Reichspapiergeldes 1 Thaler pro Kopf der Reichsbevölkerung betragen solle. Die Einziehung des gesamten Staatspapiergeldes muß bis zum 1. Januar 1875 erfolgen. Demjenigen Bundesstaate, deren Staatspapiergeld den Satz von 1 Thaler pro Kopf überschreitet, wird ein vorläufiger Ertrag bis zur Höhe der Hälfte des Ueberschusses aus der Reichskasse gemährt.

— Aus Ulaß-Verträgen. Die Vorbereitungen der kommenden Wahlkämpfe in den Reichslanden beginnen sich schon anzukündigen. Die der deutschen Sache feindlichen Elemente tragen sich bereits mit den woghaftigen Projekten und nennen Wahl-Candidaten der extremsten Richtung. Dabei suchen sie von den abtrünnigen andern sich selbst und Uebermann unflarer Elementen, so viele an sich zu ziehen, als nur immer möglich ist. Die sich nach der ultramontanen Seite hin neigenden Politiker und die Ultramontanen selbst tragen sich auf Weiteres überflüssig die größte Gleichgültigkeit zur Schau und lassen durchblicken, daß man wahrcheinlich am besten thue, sich wenig oder gar nicht an der Wahl zu betheiligen. Eine Anzahl „Liberaler“ ist geneigt, freier Aufstellung zu glauben und auch ihrerseits nicht zu wählen. Das sind die ersten Anzeichen einer kommenden Wahlbewegung, die noch sehr lebhaft werden kann.

— Der freier Hof scheint sich wie der „W. Z.“ aus Mecklenburg geschrieben wird, immer noch nicht in die Lage der Dinge finden zu können; sein Personal wird regelmäßig aus den Kreisen ergänzt, welche dem Reiche abhold sind. Die österreichische Kopfbedeckung der sämtlichen Hof- und Warfallbeamten macht füglich den beabsichtigten Eindruck nicht. Entsetzt werden wir, daß ein Theaterintendant oder Dirigent der Militärkapelle oder Hofkapelle, oder Hofprebiter oder Hofjäger oder irgend etwas bei Hofe zu werden oder vorzuziehen, es zweckmäßig ist, Welse zu sein oder Oesterreicher. Der sich durch Heucheln und entsprechende Gefinnung als Widerlächer des Deutschen Reiches legitimirt, ist dadurch empfindlich. Glücklicherweise soll der Erbprinzherzog die am Hofe herrschende Richtung nicht theilen. Vom Kriege her, wo der Prinz sich ein gutes Ansehen in der Armee sicherte, später durch eine leutliche und launersächliche Haltung hat der Erbprinzherzog sich mit den Kreisen derer, welche es mit dem Reiche wohl meinen, in erfreulicher Weise befreundet.

### Frankreich.

Paris, 12. Juni. Das vertraute Schreiben des Ministers des Inneren Deul's an die Präfecten, welches am 9. d. vorgelesen wurde, ist, wie man jetzt weiß, allein auf Rechnung dieses Ministers zu legen; seine Collegen hatten von dem Vordrucken dieselben keine Ahnung. Und wenn Pascal, der Unterstaatssecretär, die Vertretung besessen an sich nahm und sein Amt niederlegte, und Deul's dies geschah ließ, so ist dies nur ein weitere Beweis für die Deputatheit des Gewissens des Herrn Deul's. Dieses Schreiben ist aber nicht das einzige, es existirt noch ein zweites, sehr vertrauliches Rundschreiben des Herzogs von Broglie an seine Agenten, welches das erste an naiver Offenheit noch übertrifft und die Vorgänge am 24. Mai in einem ganz andern Lichte erscheinen läßt, als es in den offiziellen Rundschreiben der Regierung geschah. Namentlich aber soll der Inhalt des Schriftstückes Dinge enthalten, welche das Herz jedes waterlandstehenden Franzosen empören müßten. Ein Exemplar dieses Rundschreibens ist nun in die Hände „Sines Javre's“ gelangt und bezieht sich auf den Herzog die Regierung darüber zu interpellieren, als ihm unerwartet Gambetta mit jenem andern Schreiben zuwortkam. Nichtsbestimmter wird auch der Herzog von Broglie sich für dieses sehr vertrauliche Rundschreiben, für welches ein zweites Paschal nicht zu finden sein dürfte, zu verantworten haben, denn die Opposition will in den nächsten Tagen die betreffende Interpellation stellen, auch will sie die Regierung wegen der Ernennung Chanzy's zum Civil- und Militärgouverneur von Algier interpellieren.

Ein Schreiben Thiers an einen Bürger in Nancy wird heute von den Blättern veröffentlicht, in welchem er sich dahin ausspricht, daß eine reine Parteiregierung in Frankreich widersinnig ist. Nichtig sei ihm eine Regierung, welche die Unordnungen häufig zu intercedieren wisse. Dies einsehend habe er sich zurückgezogen, um sich seiner früheren literarischen Thätigkeit zu widmen.

Wagne wird im Berichte über das Budget von 1874 ein Deficit von 200 Millionen feststellen. Er zieht 93 Millionen für die Besetzung der Wüste ab und fügt 10 Millionen Jahresausgaben für Eisenbahnen hinzu. Wagne will die Zahlung von 200 Millionen an die Bank für 1874 einstellen.

Buffet verlaß in der Nationalversammlung ein Schreiben des Gouverneurs von Paris, worin die Ermächtigung zur Verfolgung Ranc's wegen seiner Teilnahme an dem Aufstande der Commune nachgefordert wird. Die Bureau werden nächster Tage über die Angelegenheit schlüssig werden. Ranc soll Paris verlassen haben.

### Italien.

Der Empfang des neuen deutschen Botschafters, Hrn. v. Keudell, von dem König folgte ein sehr herrlicher Empfang sein. Der König hatte seine Adresse verschoben, der Minister die Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens ungewöhnlich bestellt, damit die Ceremonie am 8. d. stattfinden könne. Die Italiener, deren ganzes Interesse an auswärtiger Politik auf das Beobachten des Stimmungswegs mächtiger Nachbarn gerichtet ist, sind höchlich erfreut durch die Wiederbesetzung von Graf Brassers Posten durch die Wahl eines Vertrauten des kaiserlichen Bismarck, durch die schlaunige Verreise des neuen Gefandten, die beschleunigte Accreditation desselben. Hunderte von Karten

unserer politischen Herren liefen schon am Tag nach der Ankunft des Hrn. v. Keudell in dessen Wohnung ein.

### Würt.

Wie ein Telegramm der „N. Fr. Pr.“ aus Konstantinopel behauptet, hätte der Scheich vom Sultan einen neuen Fernan erwirkt, worin jene alten Rechte erneuert und ihm die vollständige Unabhängigkeit in Verwaltungssachen zugesprochen, so wie das Recht zugesprochen wird, den Effectbestand der Armen zu erheben und mit fremden Mächten Verträge abzuschließen. Die Nachricht bedarf in dieser Form der Bestätigung.

### Halle, den 14. Juni.

— Eine Reihe namhafter Männer Deutschlands und des Auslandes, ohne Unterschied politischen, wissenschaftlichen oder religiösen Bekenntnisses hat einen Aufruf erlassen, welcher zu Beiträgen für ein in München zu errichtendes Liebig-Denkmal auffordert. Zum Anknüpfen an das allgemeine Comité ist hier von einer Anzahl wissenschaftlicher u. s. w. Notabilitäten ein Local-Comité gebildet worden, welches sich in einer Versammlung am letzten Donnerstag constituirt hat und mit einem Aufrufe zur Sammlung von Geldbeiträgen für den erwähnten Zweck an die Öffentlichkeit tritt. Der weiter unten abgedruckte Aufruf besagt das Nähere. Wir erwähnen noch, daß unser Comité bei seiner Constituierung dem Haupt-Comité gegenüber sich ausdrücklich vorbehalten hat, daß die Ueberschüsse der Sammlungen einer ins Leben zu rufenden Liebig-Stiftung zufließen sollen.

### Schwurgericht. Verhandlungen v. Montag den 16. Juni.

(Sonntags 9 Uhr.)  
1) Genannte Wilhelmine Gerhardt geb. Wefje, Amalie Graf geb. Schulte, beide aus Delitzsch, wiederholter Diebstahl im Rückfall.  
2) Friedrich Ernst Gottfried Kühne, Fuhrmann aus Muerena, Unthat.

### Provinzial-Nachrichten.

× **Ernstleben, 12. Juni.** Heute fand hier die Wahl der städtischen Kreisratsabgeordneten statt. Gemählt wurden die Herren Bürgermeister Reigner und Rathmann und Kammerer Schülle. — Die Kreiswahl ist nicht so sehr durch die Wahlmänner beschränkt. Wogen und Wahlen haben vorzüglich, das Sommergetreide hat sich von den Folgen der rauhen Witterung befreit, auch Kartoffeln und Rüben haben einen günstigen Stand. Nur haben wir, wie im vorigen Jahre, viel mit Unkraut, besonders Haberich, zu kämpfen, der sich in sehr großer Menge vorfindet.

**Stettin, 13. Juni.** Gestern gegen Abend erkrankt in der Wohnung das ein- oder zwölfte Kind des Bergmanns K. Wahrscheinlich hat dasselbe an der Wunde gelitten und ist zu einer Zeit krankenstirbt, in welcher die Eltern Geschwister, welche mit der Beerdigung beauftragt waren, dasselbe vielleicht nur kurze Zeit unbesichtigt gelassen haben.

**In Groß-Flörsleben** hat am vorigen Sonntage eine General-Versammlung der Katholiken der Provinz Sachsen stattgefunden, an welcher auch der katholische Goppreizer in Dresden und das Debatationspersonal der „Germania“ als Capitulant und Adjutant theilnahmen. Auch hier wurden die nächsten Wahlen fest bestimmt.

### Litteratur. Wissenschaft Ausf.

— Die Universität Erlangen wird im laufenden Sommersemester von 408 Studirenden besucht, 37 mehr als im vorhergehenden Semester. Auch dem eben ausgegebenen Jahresberichte der Studirenden ist die stützberger Hochschule im Laufe dieses Sommerhalbjahrs von 472 Studirenden und 83 Hospitanten, zusammen 550, besucht.

**Wasserkand der Saale bei Trotha b. Halle a/S.**  
Am 13. Juni Abends, am Unterpiegel 4' 10"  
" 14. " Morgens " 8 "

### Errichtung eines Liebig-Denkmals in München.

Justus Freiherr von Liebig ist am 18. April d. J. in München gestorben. Mit ihm ist ein Leben aus der Jetztzeit getrennt, das eine seltene Fülle unermüdeten Strebens, schäpferischer Gedanken und fruchtbringenden Wirkens darbot. Gebohren zu Darmstadt im Jahre 1803 ist Liebig schon 1822, also im 19. Lebensjahre, mit einer wissenschaftlichen Arbeit an die Öffentlichkeit getreten, einer Arbeit, welche das erste Glied einer langen Kette von Untersuchungen bildete, die für immer zu den bedeutendsten und anregendsten auf dem Gebiete der Naturwissenschaften zählen werden. Erst der Tod setzte seinem rastlosen Schaffen ein Ende.

War diese Weite wurde es dem schaffungsfähigen Geiste Liebig's möglich, in der wissenschaftlichen Chemie durch Eröffnung neuer Gesichtspunkte und Vervollkommenung der analytischen und synthetischen Methoden eine neue Epoche zu begründen. Aber nicht damit sich genügend, verweilte er in seiner späteren Wirkthätigkeit die durch ihn so reich geförderten Erzeugnisse seiner Wissenschaft mit seltenerm Glück und Geschick auch für das praktische Leben zum Wohl der gesamten Menschheit. Der Landwirthschaft hat er neue Gebiete erschlossen, der Industrie neue Mittel und Wege geboten, ihre Ziele weiter zu strecken, wie ihre Technik zu vervollkommenen, bis in die Familie hat er den Segen seiner Arbeit hineinbringen. Sicher giebt es demnach unter seinen Zeitgenossen wohl keinen Oberlehrten, dessen Name in gleichem Grade wie der seinige in alle Kreise der menschlichen Gesellschaft gedrungen ist und überall mit gleicher Anerkennung und Verehrung genannt wird.

Um die Erinnerung an diesen großen seltenern Mann in einem bleibenden Bilde zu verewigen, ist bereits ein internationales Comité, bestehend aus bekannten Namen der verschiedenen Länder, in München zusammengetreten in der Absicht, Sammlungen für ein in München zu errichtendes Liebig-Denkmal zu veranstalten. Zum Anknüpfen an dieses General-Comité habe die Unterzeichneten zu einem Local-Comité für Halle und Umgegend sich vereinigt und richten an alle Freunde und Verehrer Liebig's die Aufforderung zur Beistellung an jenem Unternehmen.

Beiträge bitten wir an den Schatzmeister des Comités, Herrn Danquier Lehmann, einzusenden; auch die unterzeichneten Comité-Mitglieder sind zur Empfangnahme bereit. Ueber den Fortgang des Unternehmens, wie insbesondere über die Verwendung des Geldes wird seiner Zeit Bericht erstattet werden.

Zu jeder weiteren Ankunfft ist das geschäftsführende Mitglied des Comités Herr Professor Engler (Weidenplan Nr. 8) bereit.

Halle, den 13. Juni 1873.  
Prof. Dr. Anshüt, s. Z. Rector, Director Stüttner,  
Prof. Dr. Conrad, Dr. Delius, Generalsecretair,  
Prof. Dr. Engler, Prof. Dr. Heintz,  
Vergewaltmänn Dr. Hunjfen, Geh. Rath Prof. Dr. Knoblauch,  
Fabrikbesitzer Arause (Tosha), Prof. Dr. Strauß,  
Prof. Dr. Kühn, Danquier Lehmann, Prof. Dr. Märker,  
Prof. Dr. Wasse, Commerzrath Ribick, Prof. Dr. Alois,  
Deconomist Herr Dr. Stadtmann, Dr. Mre,  
Oberbürgermeister v. Doff,  
Deconomist Herr Müllermann (Saalwände).

# Fünfprocentige Anleihe

der

# Neuen Actien-Zucker-Raffinerie

zu

## Halle a. d. Saale.

Durch die Beschlüsse ihres Aufsichtsrathes vom 9. und 29. April d. J. ermächtigt, emittirt die Neue Actien-Zucker-Raffinerie ein Anlehen von

## Vierhundert Tausend Thalern

eingetheilt in **600 Obligationen à 500 Thaler Preuss. Cour.**, versehen mit den laufenden Nummern 1 bis 600; und **500 Obligationen à 200 Thaler Preuss. Cour.**, versehen mit den laufenden Nummern 601 bis 1100.

Die aufzunehmende Anleihe wird vom 1. Juli d. J. ab jährlich mit 5 Procent in halbjährlichen Raten gegen Rückgabe der mit den Obligationen auszureichenden Zinsanweisungen an der Kasse der Gesellschaft und an den bekannt zu machenden Stellen verzinst.

Die Rückzahlung der Obligationen bezüglich der darin verschriebenen Kapitalbeträge erfolgt Seitens der Gesellschaft durch jährliche Tilgung von mindestens einem Procent des gesammten Anleihebetrages unter Hinzurechnung der ersparten Zinsen eingelöster Obligationen.

**Es darf jedoch während der ersten zehn Jahre eine verstärkte Tilgung nicht stattfinden.**

Die zur Rückzahlung gelangenden Obligationen werden durch das Loos bestimmt und deren Nummern durch die Gesellschaftsblätter, zur Zeit die Hallische Zeitung und der deutsche Reichs- und königl. preuss. Staatsanzeiger, bekannt gemacht. Mit dieser Veröffentlichung erfolgt die Kündigung der ausgelosten Obligationen mit einer sechsmonatlichen Frist.

Mit deren Ablauf hört die Verzinsung der gekündigten Kapitalbeträge auf.

Nach Ablauf von 30 Jahren steht den Inhabern nicht ausgeloster Obligationen das Recht zu, dieselben mit obiger Frist zu kündigen.

**Für die Anleihe ist das gesammte bewegliche und unbewegliche Vermögen der Neuen Actien-Zucker-Raffinerie verhaftet.**

Von dem Gesammtbetrage der **400,000 Thaler** sind bereits **100,000 Thaler** fest übernommen, so dass nur noch

## 300,000 Thaler

zur Subscription gelangen können, und es werden diese nun unter den nachstehenden Bedingungen bei den hiesigen Bankhäusern

**H. F. Lehmann,  
Reinhold Steckner,  
Halle'scher Bankverein von Kulisch, Kaempff & Comp.,  
Zeising, Arnhold, Heinrich & Comp.,  
Halle'sche Credit-Anstalt,  
Filiale der Thüringischen Bank,  
Thüringische Disconto-Bank Schmidt & Co.**

zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt.

1) Die Zeichnung findet gleichzeitig bei den vorgenannten Stellen statt

**am 21., 23. und 24. Juni d. J.**

während der üblichen Geschäftsstunden auf Grund dieses Prospectes.

Im Fall einer Ueberzeichnung tritt verhältnissmäßige Reduction ein.

2) Der Zeichnungspreis ist auf

**100 Procent,**

zahlbar in Thalerwährung, festgesetzt.

3) Bei der Zeichnung muss eine Caution von 10 Procent des Nominalbetrages baar oder in Cours habenden Effecten hinterlegt werden.

4) Die Zuteilung erfolgt sobald wie möglich nach Schluss der Zeichnung.

5) Ueber die zugeheilten Beträge werden Interimsbescheinigungen ausgestellt, die später gegen die Schuldschreibungen umzutauschen sind. Der Termin wird öffentlich bekannt gemacht werden.

6) Die Vollzahlung der zugeheilten Beträge kann sofort bewirkt werden, muss indessen spätestens bis zum 1. October d. J. geschehen sein, und wird dann die Caution verrechnet, resp. zurückgegeben.

HALLE A. D. S., den 12. Juni 1873.

## Neue Actien-Zucker-Raffinerie.

DER AUFSICHTSRATH.

**Wilhelm Werther. Hermann Frenkel.  
Louis Bethcke. Bernhard Krause. v. Dötinchem.  
Otto Rockstroh. Hermann Lüttich.**

DER VORSTAND.

**Wessel. O. Schulz.**

## Actiengesellschaft

für Erhebung des Bades in Bibra.

Die Herren Actionaire der oben genannten Gesellschaft werden zu einer, im Rathsfelder zu Bibra stattfindenden General-Versammlung auf Montag den 23. Juni d. J. Nachmittags 2 Uhr hierdurch eingeladen.

Gegenstand der Tagesordnung ist:

1. Genehmigung des heute notariell geschlossenen Gesellschafts-Vertrages,
2. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrathes,
3. Feststellung der in Art. 209 a des Gesetzes vom 11. Juni 1870 erwähnten Erfordernisse.

Bibra, den 5. Juni 1873.

Der interimistische Aufsichtsrath:

Pieroh, Bürgermeister.

**Sehr schöne alte Vollerlinge** in Söden, neue **Matjes-Heringe** pikant, empfiehlt **G. Friedrich.**

**Gose in Flaschen** sehr schön, bei **G. Friedrich, Markt 15.**

**Scheibenbrot, Gesundheits-Chocolade,** empfiehlt billigst **C. Müller.**

**Feine Isländer- und Matjesheringe,** in Tonnen und Söden, **C. Müller am Markt.**

**Lumpen, Knochen, alte Metalle** etc. kauft zum höchsten Preis **Leitnergasse u. Breitestraßenecke 2.**

**Briquettes à Fabre 25 Ctr. 6<sup>2</sup>/<sub>8</sub> Thlr.,  
Presssteine à Fabre 1000 Stück 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Thlr.**

franco Stall, offerieren

**Eulner & Lorenz, Bahnhof 5.**

Von heute an empfangen wieder täglich Sendung von **frischer Senn-Tafel-(Gras-) Butter** und halte solche in vorzüglicher Waare à Wfd. 11 Sgr. bestens empfohlen. **Carl Brodkorb Jun.,** fl. Ulrichstr. 9.

**! Drehbänke!**  
Maschinenreparaturen jeder Art, sowie Dreh- und Hobelarbeiten fertigt **Th. Dietze, Ludengasse 16.**



Der aus der Fabrik von A. Senking in Hildesheim gelieferte Heerd hat sich bis jetzt in Betreff der Feuerungs-Ersparnis sowohl, als auch wegen seiner zweckmäßigen Einrichtung sehr gut bewährt, welches der Wahrheit gemäß ich gern bescheinige, so wie die Senking'schen Heerde auch mit Vorzügen Jedermann empfehle.

Braunschweig.

**C. Weine.**

Die **Färberei, Druckerei u. chemische Waschanstalt** von **August Schröder** in Halle a. d. S., kl. Sandberg 14, empfiehlt sich dem geehrten Publikum hiermit bestens.

## Stollwerck'sche Brust-Bonbons.

Aus der Fabrik von Franz Stollwerck, Hoflieferant in Köln.

Prämien: 1855, 1857, 1860, 1867  
Zur Lösung catarrhalischer Verschleimungen, mit lindender, reichhaltiger Wirkung und angenehmem aromatischem Geschmacke.

In Originalpaketen à 4 Sgr. vorrätig in Halle bei **C. F. Wäntsch, C. S. Wiebach, C. Grebin** am Bahnhof und **W. Schubert.**

## Dankfagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes und unsern guten Dank können wir nicht unterlassen, allen Denen, die ihn sowohl in seiner Krankheit besuchten und uns in unserer Betrübnis so viel Theilnahme bewiesen, als auch seinen Sarg mit Kronen und Kränzen schmückten und ihn das letzte Geleit gaben und denen die ihn so bereitwillig zur Ruhe hätte tragen, hierdurch unsern tiefgefühltesten Dank zu sagen.

Dornstedt, 11. Juni 1873.

**Amalie Wäpplermann** nebst Söhnen.

